

## **Rede des CDU Fraktionsvorsitzenden Andre Laigre zum Haushalt 2023**

**14. Dezember 2023 – Es gilt das gesprochene Wort -**

---

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bernsmann,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beschließen heute den städtischen Haushalt für das Jahr 2023, leider in einem weiteren Krisenjahr. Die beiden letzten Haushalte standen unter dem Einfluss der Corona Pandemie. Dieser Haushalt ist zusätzlich noch durch die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges durch Putin auf die Ukraine belastet. Die Folgen dieses Kriegs sind für alle Menschen spürbar, auch hier vor Ort in Rhede. Hier sei die hohe Inflation mit stark gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen genannt. Am Kreditmarkt sehen wir steigende Zinsen, die insbesondere junge Familien belasten, die sich ihren Traum vom Eigenheim nicht mehr leisten können, weil es nicht mehr bezahlbar ist.

Im Rahmen der Haushaltseinbringung sprach unser Kämmerer Herr Schmeing von „Haushaltssteuerung im Nebel“. Die Einschätzung, dass eine verlässliche Planung immer schwieriger wird teile ich. Auswirkungen bei dem Steueraufkommen, Investitionssteigerungen bei Bauvorhaben, sowie Mehrbelastungen durch die Folgen des Ukraine Kriegs sind nur schwer abzuschätzen. Gleichwohl sollte die Planung nicht zu pessimistisch angegangen werden, da dies Spielräume für politische Gestaltungsmöglichkeiten stark einschränkt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass trotz Planung eines Defizites die Haushalte immer positiv abgeschlossen werden konnten. Dies stimmt mich auch in diesem Jahr positiv, dass das geplante Defizit sicherlich kleiner ausfallen wird als angezeigt. Ob sich das Defizit ganz vermeiden lässt, glaube ich zum aktuellen Zeitpunkt leider auch nicht. Gut, dass in den letzten Jahren die Ausgleichsrücklage gefüllt wurde, und wir das Defizit aus der Inanspruchnahme dieser Rücklage ausgleichen können. Dadurch ergibt sich ein fiktiv ausgeglichener Haushalt, den wir heute verabschieden können. Kurzfristige sinnvolle Einsparungen bzw. finanzielle Verbesserungen sind für uns nicht erkennbar.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie eingangs bereits erwähnt, stellt uns der russische Angriffskrieg vor gewaltige Herausforderungen. Neben den finanziellen Belastungen gilt es insbesondere den geflüchteten Menschen, die zu uns kommen hier in Rhede eine Unterkunft, Versorgung und

Integration zu ermöglichen. Mein Dank gilt der Rheder Flüchtlingshilfe, sowie allen Bürgerinnen und Bürgern, die gerade in der Anfangszeit zur Unterbringung von Flüchtlingen private Wohnangebote bereitgestellt und fremde Personen in ihren Familien aufgenommen haben. Dies zeigt einmal mehr, in Rhede packt man in Notsituationen an. Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, die immer wieder neuen Wohnraum finden müssen, kurzfristig Objekte herrichten und die Flüchtlinge betreuen. Leider ist der Krisenmodus für einige schon zum Dauerzustand geworden. Ich bin mir sicher, gemeinsam werden wir (Verwaltung, Politik und die Rheder Bevölkerung) auch diese Krise meistern.

Meine Damen und Herren, genau vor einem Jahr haben wir in der Ratssitzung das Stadtentwicklungskonzept (STEK) verabschiedet. In diesem Haushalt finden wir die ersten größeren Maßnahmen budgetiert. Was noch in der Reihe der vielen Konzepte der letzten Jahre fehlt, ist das Mobilitätskonzept. Dieses wird voraussichtlich in der ersten Ratssitzung im neuen Jahr beschlossen. Alle Konzepte sind miteinander verzahnt und müssen bei der Umsetzung von Maßnahmen nebeneinandergelegt und berücksichtigt werden.

An dieser Stelle möchte ich gerne auf die Aussagen von SPD und Grüne aus den letzten Wochen eingehen. Hier wurde suggeriert, dass CDU und FDP im „stillen Kämmerlein“ das Mobilitätskonzept umschreiben möchten, da es uns inhaltlich nicht passt. In aller Deutlichkeit sage ich: Dies trifft nicht zu! Das Planungsbüro hat Ideen entwickelt, auch wenn einige Maßnahmen im Konzept wie aus einem Baukastensystem aus der Schublade wirken und sich auf Rhede nicht übertragen lassen. Zudem haben sich Bürgerinnen und Bürger beteiligt und als Experten fungiert. Diese Eingaben und die Ergebnisse durch das Planungsbüro sollen nun aus unserer Sicht stärker priorisiert werden. Es geht darum, einen Fahrplan für die nächsten Jahre aufzustellen, um auch zeitnah in eine Umsetzung prioritärer Maßnahmen, die nicht aus der Schublade stammen, zu kommen. Es wäre schön und für den Prozess hilfreich gewesen, wenn man dies in interfraktioneller Zusammenarbeit gemeinsam erarbeitet hätte, um eine Grundlage zur weiteren Beratung zu schaffen. Durch eine transparente Kommunikation und die öffentliche politische Beratung in der Ausschusssitzung hätte man die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen, wie so oft behauptet. An dieser Stelle ist es doch schon erstaunlich, dass dieses Vorgehen von SPD und Grünen aktuell abgelehnt wurde, während im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes vor einem Jahr das gleiche Verfahren noch von den beiden Fraktionen mitgetragen und auch angewendet wurde. Woher der Sinneswandel wohl kommt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen im letzten Jahr wurde insbesondere die Zusammenarbeit der Fraktionen untereinander durch die SPD kritisiert. Diesen Punkt möchte ich heute ebenfalls gerne aufnehmen. Als Beispiel möchte ich den Antrag „Streichung der neuen Stelle Innenstadtmanagements“ nennen. In der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag wurde auf die Sitzung des Ältestenrates vom 14. November verwiesen. In dieser wurde seitens der SPD suggeriert, dass noch keine Entscheidung zu diesem Punkt gefallen wäre. Der Antrag, der nur einen Tag später eingereicht wurde, war allerdings bereits auf den 10. November und somit vor der Sitzung des Ältestenrates datiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD verstehen Sie so eine vertrauensvolle Zusammenarbeit untereinander? Gilt für die eigene Arbeit ein geringerer Anspruch als für die Bewertung der anderen Fraktionen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

wagen wir einen Ausblick auf die nächsten Jahre. Ein besonderer Fokus muss weiterhin auf der Verbesserung der Digitalisierung liegen. Hierzu zählt die Ausstattung von Schülern, Lehrern und Verwaltungsmitarbeitern mit entsprechenden Endgeräten. Aber auch die Verwaltungsprozesse müssen weiterhin digitaler werden. Dies ist selbstverständlich ein langer und aufwendiger Prozess. Für eine positive Begleitung unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sollte angestrebt werden, in regelmäßigen Abständen, zum Beispiel monats- oder quartalsweise eine bestimmte Anzahl an neuen Prozess digital anzubieten und mittels Social-Media-Kanäle vorzustellen. Hier sei beispielsweise die Antragsstellung für einen neuen Personalausweis, ein Führungszeugnis oder eine Meldebescheinigung zu nennen. Die Verwaltungsdigitalisierung bedeutet für die Bürger eine Verbesserung der Servicequalität durch permanente Erreichbarkeit unabhängig von Bürozeiten und einem beschleunigten Antrags- und Informationsverfahren. Für die Verwaltung ergeben sich zudem mittel- bis langfristig infolge der effizienteren Arbeitsweise Zeit- und damit Kostenersparnisse. Durch die fortschreitende Digitalisierung kann auch der aktuell noch hohe Papierverbrauch reduziert werden.

Der Klimawandel schreitet voran und der Strombedarf steigt. Hierbei ist der Ausbau erneuerbarer Energien ein wesentlicher Baustein für mehr Klimaschutz. Wir sollten daher bestrebt sein, zusätzliche Anreize für den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen und deshalb müssen auf allen Ebenen alle verfügbaren Maßnahmen ergriffen werden, um die Energiewende voranzubringen. Daher begrüßen wir, dass eine Potentialanalyse für mehr

Photovoltaik auf öffentlichen Dächern durchgeführt wird. Hierbei sollten alle Beteiligten Wert auf technisch sinnvolle Maßnahmen legen und nicht (ideologisch getrieben) irgendwelche zufälligen Geldbeträge fordern.

Dabei muss es auch möglich sein, Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen schnell und unbürokratisch anzupassen, um ungenutzte Potentiale zu erschließen. Hier ist auch eine Zusammenarbeit Hand in Hand mit den Stadtwerke Rhede aus unserer Sicht erforderlich, um komplementäre Ressourcen zu nutzen und sich gegenseitig zu ergänzen. Die Stadt sollte hier aktiv vorgehen und ein Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Photovoltaik-Anlagen ermöglichen eine saubere, umweltfreundliche Energiegewinnung. Wir sollten gemeinsam eine „Solaroffensive“ starten, um möglichst auf allen **privaten** Dachflächen in Rhede, auf denen es möglich ist, Photovoltaikanlagen zu installieren. Mit einem Förderprogramm für Photovoltaikanlagen (eine erste Idee für die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes) könnten die Rheder Bürgerinnen und Bürger bei dem privaten Ausbau erneuerbarer Energien finanziell unterstützt, Bauherren entlastet und der Ausbau erneuerbarer Energien weiter vorangetrieben werden. Wenn die Förderung das Zünglein an der Waage sein kann, um Entscheidungen hin zu einer PV-Anlage positiv zu beeinflussen, umso besser. Schließlich ermöglichen wir so weiter den Einstieg in die eigene Stromerzeugung und unterstützen damit die Energiewende. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf das Klima aus, sondern schont auch langfristig den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger. Nichtstun kommt uns daher effektiv teurer. Wir strecken die Hand für einen gemeinsamen Klima- und Umweltschutz aus.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun gilt es nach den Beratungen der letzten Wochen den Haushaltentwurf 2023 formal zu beschließen. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die zur Erstellung des Haushaltsplans beigetragen haben. Die CDU Fraktion wird dem Haushaltentwurf 2023 zustimmen!

Abschließend möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern, den Kolleginnen und Kollegen im Rat, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute, insbesondere Gesundheit für das kommende Jahr 2023 wünschen.